

Die Kreistagsfraktion zwischen Widerstand und Verantwortung – eine Halbzeitbilanz

Sabine Dirlich

Nach den Kommunalwahlen des Jahres 2007, durch die im Salzlandkreis ein gemeinsamer Kreistag gewählt wurde, stand unsere Kreistagsfraktion vor der verantwortungsvollen Aufgabe, das Zusammengehen der ehemaligen Landkreise Bernburg, Schönebeck und Aschersleben-Staßfurt politisch zu begleiten und für Bürgerinnen und Bürger das möglichst Beste aus der von uns nicht gewollten Kreisgebietsreform zu machen. Das erwies und erweist sich als ausgesprochen schwierig, auch und vor allem wegen der zunehmenden Finanzprobleme des Landkreises, die uns nicht nur an einer Stelle das Leben schwer machen.

Eine Aufgabe, die wir trotz der anfänglichen Proteste und großer Skepsis in der Bevölkerung letztlich gut gelöst haben, ist die Abfallentsorgung im Landkreis. Vor allem das Verbrennungsverbot von Grünabfällen hat große Wellen geschlagen. Wir haben uns der Kritik der Bürgerinnen und Bürger gestellt, haben mit den Fachleuten gesprochen und Einrichtungen der Kreisabfallwirtschaft besucht. Aus unserer Sicht haben wir uns hier für die Umwelt und gegen so manch liebgewordene Bequemlichkeit entschieden. Schwieriger war da schon die Tatsache, dass wir uns nicht strikt an den Grundsatz in unserem Kreiswahlprogramm gehalten haben, die Müllgebühren als reine Verbrauchs- oder Verursacher-



(Foto: privat)

gebühr zu erheben, sondern mehrheitlich zugestimmt haben, auch so eine Art Grundgebühr zu erheben. Das hat in der Fraktion viele Diskussionen verursacht. Inzwischen sind aber alle mit dem Funktionieren unserer Abfallentsorgung recht zufrieden.

Nicht alle Anfangsversuche sind so gelungen wie die Zusammenführung der verschiedenen Abfallsysteme im Landkreis. Richtig in die Hose ging der Versuch, uns mit dem fraktionslosen Kreistagsmitglied Hartmut Wiest Verstärkung in die Fraktion zu holen. Seine Äußerungen zu unseren Gedenkveranstaltungen anlässlich der Tage der Opfer des Faschismus in Staßfurt und seine Vorwürfe gegen unsere Partei haben sehr schnell dazu geführt, dass die notwendige Vertrauensbasis verloren ging und wir uns wieder

von ihm trennen mussten. Dass sich letzten Endes sogar noch die Verwaltungsgerichte mit dem Thema befassen mussten, liegt wohl vor allem an der Persönlichkeitsstruktur von Herrn Wiest, der sich mit unserer Entscheidung nicht abfinden wollte.

Die Entwicklung unserer Kliniklandschaft begleitet unsere Arbeit von Anfang an. Schon in Vorbereitung der Holdingbildung, die zur Effektivierung der Abläufe in den Kliniken führen und dazu beitragen sollte, die finanzielle Bilanz der Kliniken zu verbessern, haben wir alle Klinikstandorte besucht und mit den jeweiligen Klinikleitungen Gespräche geführt. Leider hat die Bildung der Holding bei weitem nicht die Erwartungen erfüllt, die der Kreistag in sie gesetzt hatte. Auch deshalb befassen wir uns inzwischen schon seit so langer Zeit mit der Privatisierung der Geschäftsanteile des Kreises an den Kliniken. Unserer Fraktion kam es dabei von Anfang an darauf an, dass der Kreis seine Verpflichtung zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung ernst nimmt und alles für die Erhaltung aller Klinikstandorte und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser tut. Das waren für uns die wichtigsten Privatisierungsziele, nachdem alle Versuche, die Kliniken in kommunaler Hand zu behalten, an der Mehrheit im Kreistag gescheitert sind. Deshalb war das Angebot von Helios, das keine Garantie dafür bot, allen Standorten die gleichen Startbedingungen zu ermöglichen, für uns unannehmbar. Dass nunmehr das europäische Beihilferecht dazu benutzt wird, den Willen einer Minderheit im Kreistag doch noch durchzusetzen, macht fassungslos und wütend.

...Fortsetzung auf Seite 2.

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

Kommunalpolitik

Seite 1 - 4

- Beobachtung LINKER Abgeordneter
Seite 5
- Landesklausurberatung
Seite 6
- Für ein buntes Aschersleben
Seite 7

• Parteikonferenz der KP Kubas
Seite 8

• Kreisvorstand
Seite 9

• Neujahrsempfänge
Seite 9 - 10

• Ortsvorstandswahl in Bernburg
Seite 11

Fortsetzung von Seite 1 ...

Jedes Jahr wieder ist es der Haushalt des Landkreises, der uns viel abverlangt. Wir haben den Vorlagen aus der Verwaltung in den letzten Jahren regelmäßig unsere Zustimmung verweigert.

Das war weniger eine Kritik an der Arbeit der Kreisverwaltung als vielmehr unsere Kritik an den Vorgaben aus Bund und Land. Die finanzielle Situation wird immer wieder verschärft, weil dem Landkreis neue Aufgaben aufgebürdet und gleichzeitig die Mittel gekürzt werden. Größte Belastung dabei sind die Sozialausgaben, die inzwischen fast die Hälfte des gesamten Kreishaushaltes ausmachen. Wir haben im Kreistag durchgesetzt, dass seine Mitglieder ihren Unmut über diese Politik gegenüber dem Landtag deutlich gemacht haben, in diesem Jahr sogar auf Initiative der Verwaltung und angeregt durch den Landkreistag.

Das dramatische Ereignis des Erdbebens in Nachterstedt war für uns Anlass, dort gemeinsam mit Gemeinderatsmitgliedern aus dem Ort eine öffentliche Fraktionssitzung durchzuführen und an der Absturzstelle am Concordia-See einen Kranz zum Gedenken an die Opfer der Katastrophe niederzulegen.

Neben so gewichtigen und strittigen Themen haben wir uns mit vielen Fragen beschäftigt, die sicher für Bürgerinnen und Bürger ebenso wichtig waren: so mit dem Erhalt der Öko-Station Neugattersleben, mit der Neuordnung der Notarztstandorte, mit dem Projekt Campus Technikus in Bernburg, mit den Vorhaben zur Errichtung von Schweinemastanlagen in Pömmelte und Wolmirsleben, mit der Neuorganisation des Jobcenters und der Übernahme der Verantwortung auch im Bereich Aschersleben-Staßfurt, mit dem Für und vor allem dem Wider zum Bau eines Saale-Kanals bei Tornitz, mit der Erhaltung der Bürgerbüros, mit unserem öffentlichen Bekenntnis gegen den Braunkohleabbau in der Egelner Mulde und mit vielem anderen mehr.

Wir haben eine Reihe von Arbeitsbesuchen durchgeführt. Wir waren, wie

schon gesagt, in den Kliniken. Wir waren beim Abfallwirtschaftsbetrieb und haben die Deponie Froser Berg besichtigt, wir waren in den Sparkassenfilialen, um den geeignetsten Standort zu finden. Wir haben uns das neue Feuerwehrtechnische Zentrum in Staßfurt angeschaut und das Theatrum im Schloss Hohenerleben. Und natürlich haben wir uns auch die Arbeit der Öko-Station Neugattersleben erläutern lassen. Sehr wichtig war uns der Besuch der Anne-Frank-Wanderausstellung. Regelmäßig beteiligen sich die Mitglieder unserer Fraktion an Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Holocaust im Januar, zu den Jahrestagen der Befreiung im Mai und zum Antikriegstag im September in ihren jeweiligen Wohnorten oder Regionen.

Nicht zuletzt sind die Mitglieder unserer Fraktion auch außerhalb unserer eigenen Fraktion in verschiedenen Netzwerken unterwegs, wie zum Beispiel im „Netzwerk gegen Rechts“ im Salzlandkreis, in der Volkssolidarität, im Regionalverband der Kleingärtner oder im Sport und bei vielen Aktivitäten, die wir nicht einmal alle voneinander wissen.

Wenn wir uns die Frage stellen, an welchen Stellen unsere Arbeit verbesserungsbedürftig ist, so müssen wir uns wohl vor allem eingestehen, dass es uns noch zu wenig gelingt, eigene Akzente zu setzen. Meistens beschäftigen wir uns mit Aufgaben, die uns die Verwaltung aufgibt. Das bindet allerdings auch einen großen Teil unserer Kraft. Dazu kommt, dass es die finanzielle Situation nicht leicht macht, eigene Vorschläge umzusetzen, wie wir es zum Beispiel bei der Initiative zur Einrichtung von Freitischen und auch an anderen Stellen erlebt haben. Noch einmal wollen wir hier die Gelegenheit nehmen, uns bei Charlotte Freist für ihren unermüdlichen Einsatz für sozial Schwache zu bedanken, die auf unseren Vorschlag 2009 mit dem Titel „Salzlandfrau“ geehrt wurde.

MdL Sabine Dirlich ist Vorsitzende der Kreistagsfraktion

Die Mitgliedschaft der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen

Kreistagsvorstand

Dr. Gerhard Wahl, 2. Stellvertreter, Barby

Kreisausschuss

Sabine Dirlich, Schönebeck; Klaus Magenheimer, Staßfurt

Ausschuss: Umwelt – Planung – Verkehr und Wirtschaft

**Dr. Walter Blauwitz, Staßfurt; Heinz - Werner Herrler, Schönebeck
Sachkundiger Einwohner: Jens Lehmann, Güsten (Neuvorschlag)**

Ausschuss: Haushalt und Finanzen

**Dr. Silvia Ristow, stellvertretende Vorsitzende, Bernburg; Waldemar Niemann, Atzendorf
Sachkundige Einwohnerin: Astrid Kieschke, Amesdorf**

Ausschuss: Gesundheit und Soziales

**Ralf - Peter Schmidt, Ausschussvorsitzender, Staßfurt; Martina Schaar, Könnern
Sachkundiger Einwohner: Christian Jethon, Nienburg**

Ausschuss: Bildung und Kultur

**Dr. Gerhard Wahl, Martina Schaar
Sachkundiger Einwohner: Ernst-Hermann Brink, Amesorf**

Betriebsausschuss Kreiswirtschaftsbetrieb

Heinz – Werner Herrler, Klaus Magenheimer

Betriebsausschuss Jobcenter

Sabine Dirlich, Ralf - Peter Schmidt

Jugendhilfeausschuss

Martina Schaar, Ralf - Peter Schmidt

Klaus Magenheimer – Fraktionsassistent

Stellv. Vorsitzender

Schade um die Zeit – von der Sitzung des Stadtrates in Staßfurt

Klaus Magenheimer

Für die erste Stadtratssitzung im Jahr 2012 hatte ich mich wegen der großen Anzahl der Tagesordnungspunkte auf einen langen Donnerstagabend eingestellt. Entsprechend dem Wunsch in der Einführungsrede unseres Stadtratsvorsitzenden Dr. Walter Blauwitz erwartete ich einen zügigen Verlauf im Interesse der Abgeordneten, der anwesenden Besucher und der Angehörigen der Verwaltung. Meine Erwartung schöpfte ich auch daraus, weil ich an den vorhergehenden Beratungen des Bauausschusses und des Finanzausschusses teilgenommen hatte, obwohl ich nicht als Mitglied in diesen Ausschüssen integriert bin. Doch weit gefehlt. Der Oberbürgermeister zog für mich überraschend eine Anzahl von Beschlüssen zurück, die in den beiden Ausschüssen bereits umfassend diskutiert worden sind, darunter auch das brennende Thema zum Umgang mit Pe-

tionen an den Stadtrat, die Reaktionen darauf und der Umgang mit Problemen aus der Einwohnerfragestunde. Nicht nur ich frage: Was ist eine Diskussion und darauf folgende Beschlussfassung in den Ausschüssen wirklich wert?

In die Stimmung der Absetzung und Rückziehung reihte sich die CDU-Fraktion ein, und das ist nun nicht mehr zum Lachen. Sie forderte die Absetzung und Verweisung von drei Sachanträgen unserer Fraktion zum Staßfurter Pass, zu einem Sitzbankkonzept und zur Stadtordnung in die Ausschüsse.

Diese zu erwartende monatelange Verzögerung der Behandlung von Problemen der jüngeren und älteren Generation und sozial schwachen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt hat nun mit christlicher Nächstenliebe nicht viel zu tun. Da noch kein Wahlkampf bevorsteht, sind andere Motive für diese Handlungs-

weise zu vermuten. Wegen eigener Konzeptionslosigkeit oder fehlender Einfälle werden eben die Bemühungen anderer Stadtratsfraktionen zerredet und negiert. Manchmal ist auch die Rede von Populismus, weil es ihnen eben in ihrer teilweisen Selbstgefälligkeit nicht passt. Wir lehnen auf alle Fälle solche Handlungsweisen auf Kosten der Betroffenen ab.

Fast eine Stunde wertvoller Zeit verging nur wegen diesem Hick-Hack. Das ist schade und nicht hinnehmbar.

So wurden dann nur Personalfragen der Freiwilligen Feuerwehr und Verfahrensweisen von Wochenmärkten in den Ortsteilen der Stadt sowie Straßenumbenennungen beschlossen.

Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Staßfurt

Was wird aus dem Kita-Neubau?

Christian Jethon

Diese Frage bewegt die Nienburgerinnen und Nienburger seit nunmehr über drei Jahre, denn bereits seit Oktober 2008 (!) hat der Bernburger Verein Rückenwind e.V. als Träger der Einrichtungen eine Zusage über rund 1,6 Mio. Euro Fördermittel in der Tasche.

Seitdem liefert die Stadt sich und den geneigten Beobachtern ein Schauspiel, das seines gleichen sucht. Denn wohl jede andere Gemeinde hätte alle Gänge und Hebel in Bewegung gesetzt, um die Fördersumme schnellstmöglich abzurufen und ein solches Prestigeprojekt in die Tat umzusetzen. Nicht so in Nienburg!

Da wird zunächst erst einmal für anderthalb Jahre so getan, als wüsste man von nichts. Dann, bei der Vorstellung der Planungen für den Standort Calbesche Straße im April 2010, erscheint nur ein Bruchteil der persönlich geladenen Stadträte, der Bürgermeister lässt sich kurzfristig entschuldigen. Überdies wird aus den Aussagen des anwesenden Stadtrates Hartmann (FDP) deutlich, dass man den 2007 einstimmig (!) vom zuständigen Fachausschuss des Stadtrates festgelegten Standort „wegen der zu weiten Entfernung zum Stadtzentrum“

nunmehr ablehnt.

Kurze Zeit später – an Zufälle mag man in Nienburg nicht mehr glauben – schlägt Bürgermeister Bauer dann vor, den Kita-Neubau im Stadtzentrum unter Einbeziehung des alten Kinos zu errichten – wohl wissend, dass dort insbesondere durch die nur halb so große Freifläche die Bedingungen für die Kinder deutlich schlechter sind.

Wie erwartet, folgt die Ratsmehrheit aber Bauer auch in dieser Frage und beschließt u. a. den hierfür nötigen Kauf des Kinos. Im Februar 2011 schließlich wird auch noch die Anfertigung einer „Machbarkeitsstudie“ für rund 13.000 € in Auftrag gegeben, in deren Ergebnis u. a. auf die für den Bau notwendige Zustimmung eines Grundstücksnachbarn verwiesen wird. Zudem machen nun auch die Eltern – mit Unterstützung der LINKEN – mobil: 1350 Unterschriften werden für den Standort Calbesche Straße gesammelt! Der eigentlich fällige Bürgerentscheid findet aber nicht mehr statt, weil der Grundstücksnachbar seine Zustimmung für den Kita-Neubau verweigert.

Darauffhin beschließt der Stadtrat Ende Oktober 2011, das Grundstück in der

Calbeschen Straße an Rückenwind zu verkaufen. Aber auch dieser Beschluss hat ein kurzes Verfallsdatum, denn bereits im Dezember erklärt Bauer Vertreter des Vereins, dass aufgrund der desolaten Haushaltslage nunmehr nur noch eine Vermietung des Grundstückes in Frage käme.

Schlussendlich hat nun offensichtlich auch das Kreisjugendamt genug. Auf einer Zusammenkunft mit Vertretern des Stadtrates, des Vereins, der Kommunalaufsicht und Bürgermeister Bauer am 2. Februar setzte dessen Leiterin Frau Wenzel eine Frist bis Ende März. Sollte bis dahin keine Lösung gefunden sein, wird sich der Landkreis für eine andere Verwendung der Fördermittel einsetzen.

Die Nienburger LINKE hofft, dass Bürgermeister und Stadträte endlich den Ernst der Lage erkannt haben und im Interesse der Stadt das Projekt nicht länger blockieren.

Christian Jethon ist Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Nienburg

Strom und Gas aus Mais. Braucht Staßfurt eine Biogasanlage?

Siegfried Mahlfeld

Nachdem aufgrund massiver Bürgerproteste der Bau einer neuen Biogasanlage in Glöthe verhindert wurde, hat nun der Staßfurter Stadtrat unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Möglichkeit der Errichtung einer solchen Raffinerie 2013 durch die Nordmethan GmbH im Gewerbegebiet Staßfurt-Nordost beschlossen.

Aus diesem Anlass lud die Staßfurter LINKE unter Vorsitz von Dr. Walter Blauwitz zu einem Umweltforum ein, bei dem der Landtagsabgeordnete und Umweltexperte der LINKEN, André Lüderitz, die gut 30 interessierten Teilnehmer zuerst über verschiedene Anlagekonzepte von Biogasanlagen informierte, welche sich hauptsächlich in der Zusammensetzung der zu vergärenden Frischmasse unterscheiden.

Das geplante Konzept für Staßfurt sieht wohl vor, mit Hilfe von Subventionen (!) zwei Ernten im Jahr zu verarbeiten: Gerste und Roggen im Juni/Juli, Mais und andere Feldfrüchte im September/Oktober. Ob dabei Reststoffe wie Gülle, Klärschlämme und pflanzliche Nebenprodukte zum Einsatz kommen, bleibt abzuwarten. Die Frischmasse soll von Landwirten aus der Region bezogen und vergoren werden. Dabei entstehendes Methangas soll dann direkt in das Netz der EMS (Erdgas Mittelsachsen) eingespeist werden.

André Lüderitz gab mit großer Zustimmung der anwesenden Staßfurter folgende Fakten zu bedenken:

- Bieten die landwirtschaftlichen Flächen unserer Region genügend Mais, ohne dass dabei die Fruchtfolge verletzt und die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln nachhaltig beeinträchtigt wird?
- Ermöglicht die Anlage auch eine Wärmenutzung?
- „Tank oder Teller?“ Aufgabe der Landwirtschaft muss zuerst die Nahrungsmittelproduktion sein!

Rege beteiligten sich die Gäste dann an der anschließenden Diskussion und brachten ihre Sorgen und berechtig-



André Lüderitz und Dr. Walter Blauwitz beim Umweltforum in Staßfurt (Foto: privat)

ten moralischen Einwände zum Ausdruck:

- „Solange irgendwo auf der Welt Menschen hungern, dürfen keine Lebensmittel verbrannt werden!“
- Die guten Bördelböden dürfen nicht durch Monokultur und Reststoffe zerstört werden!
- Es entstehen ein hoher Transportaufwand und Lärmemission!
- Das Gas wird dadurch vermutlich trotzdem nicht günstiger. Es werden nur Fördermittel abgegriffen und einseitig Gewinne zugunsten der Betreiber gemacht. Die Förderung hocheffizienter innovativer Fotovoltaikanlagen wird dagegen zurückgefahren!
- Es wird vernachlässigt, dass durch Stickstoff Lachgas erzeugt wird - dadurch ist Biogas in der Gesamtenergiebilanz vermutlich schädlicher als fossiler Brennstoff
- Wir sollten Wind- und Solarenergie nutzen! Die stinken nicht und die Sonne scheint umsonst bzw. der Wind bläst umsonst.
- Staßfurt hat genügend Dächer, die für Solarenergie genutzt werden könnten. Bei einer Anlage in Templin pflanzten Landwirte drei Jahre lang Mais - die Folge ist Pilzbefall
- Es ist bisher unklar, ob bei der Vergärung von Gülle (bei 40 bis 50°C) der EHEC-Erreger bzw. Salmonellen entstehen und bei der Entsorgung der anfallenden Gärreste auf unsere Felder verbrei-

tet werden.

- Mais verdrängt Kartoffeln und Gemüse von heimischen Äckern, weil Biogasbetreiber durch Subventionen von der Bundesregierung ganz andere Pachtpreise bezahlen können als Lebensmittel produzierende Landwirte
- Wohin fließen die anfallenden Gewerbesteuern?
- „Welche Erfahrungen gibt es in der „Referenzanlage“ in Könnern, eine der vier momentan“ größten in Deutschland?“
- Kleine private Anlagen im ländlichen Raum wären im Gegensatz zur Stadt akzeptabel
- Wird Genmais verarbeitet?

Angesprochen auf die Frage, welche Möglichkeiten des Eingreifens die Staßfurter jetzt noch haben, meinte Lüderitz: „Es wird ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt, bei dem der Landkreis, der Stadtrat und die Bürger ihre Stellungnahmen einreichen können.“

Als Fazit bleibt zu bemerken, dass die Bedenken überwiegen und es uns in erster Linie um die Sensibilisierung zur konsequenten Einsparung von Energie gehen muss! Dazu bedarf es aber auch der gerechten Verteilung der Kosten, wobei es zum Beispiel um die einseitige Belastung kleiner Unternehmen und Privatkunden zugunsten der Großindustrie bei den Netzentgelten geht.

Siegfried Mahlfeld ist Mitglied der BO-Staßfurt

Jan Korte – ein wirklicher Volksvertreter im Deutschen Bundestag

Zur Beobachtung von 27 Abgeordneten der LINKEN durch den Verfassungsschutz

Friedrich Schütz

Am 23. Januar meldete die sozialistische Tageszeitung „neues deutschland“: „Mindestens 27 Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beobachtet.“ Zwei Tage später veröffentlichte die Zeitung deren Namen, darunter die Parteivorsitzende Gesine Löttsch, der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi, die Vizepräsidentin Pera Pau, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sahara Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Mitglied des Fraktionsvorstandes Jan Korte sowie aus Sachsen-Anhalt die MdB Katrin Kunert, Roland Claus und Harald Koch. Es läßt sich nicht feststellen, nach welchem Grundsatz die Auswahl erfolgte. Ich kenne mehrere dieser Genossinnen und Genossen persönlich und mit einigen verbindet mich eine gute Zusammenarbeit. Das gilt ganz besonders für den im Wahlkreis Anhalt direkt gewählten Abgeordneten Jan Korte. Ich will an wenigen Beispielen aufzuzeigen versuchen, wie er in seinem Wahlkreis das ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Vertrauen umzusetzen versucht.

Ich kenne Jan seit der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung auf die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. In der Bernburger LINKEN Zeitung (BLZ) stellte er sich den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises vor. Er legte seine politischen Ziele dar und schrieb dann: „Es ist an der Zeit, daß es im Bundestag wieder eine laute Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und die Interessen der Menschen in Ostdeutschland gibt“. An diese Aussagen aus der Zeit vor seiner ersten Wahl in den Bundestag in den vergangenen mehr als sechs Jahren hat er sich stets gehalten.

Ich hatte im Rahmen der Vorstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag in unserer Zeitung geschrieben: „Ich habe in den vergangenen mehr als vier Jahren Jan Korte in vielen Veranstaltungen und Gesprächen als einen Menschen

und Politiker kennengelernt, dessen Arbeitsstil sich auszeichnet durch Kontinuität, Effektivität, Stabilität, Engagiertheit, Ideenreichtum, Kontaktfreudigkeit, Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft. Großen Wert legt er darauf, seine Wählerinnen und Wähler ständig zu informieren“. Mit dem unmittelbar nach seiner Wahl als Abgeordneter etwa vierteljährlich in einer Auflage von 50000 Exemplaren erscheinenden Informationsblatt „Korte konkret“ wird ein sehr großer Teil der Bürgerinnen und Bürger des Wahlkreises regelmäßig über seine Tätigkeit, darunter auch über sein Abstimmungsverhalten, informiert. Und das alles hat er nun noch einmal für die erste Hälfte dieser Legislaturperiode in der Broschüre „Korte Direkt“ zusammengefaßt.

Jan Korte ist Innenpolitiker. Sie, verehrte Leserinnen und Leser, konnten in unserer Zeitung mehrere Artikel lesen, in denen er sich mit der Aufarbeitung des Faschismus in der BRD auseinandersetzt. Sein zweifellos größter Erfolg in der parlamentarischen Arbeit war das am 8. September 2009, also in der letzten Sitzung des 16. Bundestages beschlossene Gesetz über die pauschale Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter. Dieser Erfolg, dem ein langwieriger und schwieriger parlamentarischer Kampf vorausging, war die Grundlage für das gemeinsam mit Dominic Heilig herausgegebene Buch „Kriegsverrat“, (s.DLZ 7/8 /2011). Es hat sicher auch Jan gefreut, als die Zeitung „Die Welt“ zwei Tage nach dem Gesetzesbeschluß schrieb: „Ein junger Abgeordneter der Linkspartei, Jan Korte, hat nahezu im Alleingang die Aufhebung aller NS-Urteile wegen Kriegsverrats erreicht“.

In der erwähnten Broschüre heißt es auf Seite 17: „Sitzungsfreie Zeit ist Wahlkreiszeit“. An vielen Texten, Übersichten und bunten Bildern wird gezeigt, daß er regelmäßig in Betrieben, Vereinen und Institutionen unterwegs ist. Um ihre Zahl zu ermitteln, braucht es schon eine gewisse Ausdauer. Ich habe 147 gezählt.

Diese Besuche sind oft mit der Übergabe von Spenden verbunden. Zu den erwähnten Besuchen kommen noch Sprechstunden auf öffentlichen Plätzen, Jugendweihereden u.a. Ich würde gerne wissen, wie die Abgeordneten aus den anderen Parteien, die zum großen Teil einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und nicht beobachtet werden, ihre Wahlkreisarbeit durchführen.

Aus Anlaß der Mitteilung über die Beobachtung von Abgeordneten der LINKEN wurde am 26. Januar im Bundestag eine Aktuelle Stunde durchgeführt. Für DIE LINKE sprach Jan Korte. Der zentrale Satz in seiner Rede war: „Das Kernproblem, um das es eigentlich geht, ist die Tatsache,... daß ein Geheimdienst parteipolitisch benutzt wird, um eine Oppositionsfraktion zu beobachten. Das ist schlicht antidemokratisch“.

Wer so arbeitet wie Jan, wer einen ständigen Kontakt mit seinen Wählerinnen und Wählern hält und sich im Bundestag für ihre Interessen einsetzt, den/die halte ich für eine/n wirklichen VolksvertreterIn. Jegliche extremistische Unterstellungen wiese ich entschieden zurück. Übrigens: Die Bürgerinnen und Bürger beobachten ihre Abgeordneten doch sehr genau - und sie haben dazu auch ein Recht.

Zum Abschluß noch ein Gedanke zu den „Verfassungsschützern“. Sie sollten ihre „Beobachtungen“ über die Abgeordneten der LINKEN nicht nur irgendwelchen Papieren entnehmen, sondern mit diesen an die Infostände oder in die Betriebe gehen. Dort würden sie von den Menschen, dem Souverän in einem demokratischen Staat, aber erfahren, daß ihre Arbeit nicht nur unnötig, sondern auch unerwünscht ist und jeglichen parlamentarischen Gepflogenheiten widerspricht. Vor allem aber sollten sie nicht die Aussage im Artikel 1 des Grundgesetzes vergessen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Auf dem Weg zur Bundestagswahl

Zur gemeinsamen Klausurberatung von Landesvorstand und Landtagsfraktion

Birke Bull

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion der LINKEN Sachsen-Anhalts haben in ihrer Klausur in Dessau-Roßlau die gemeinsamen Schwerpunkte bis zur Bundestagswahl 2013 abgesteckt. Aus aktuellem Anlass verabschiedeten wir zunächst einstimmig die Erklärung „Breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts bleibt notwendig – Überwachung der Partei DIE LINKE beenden“. Darin heißt es u.a.: „Antifaschistische Initiativen, Projekte und Archive haben zusammen mit den Medien weit mehr über die rechten Strukturen sowie aktuell über die rassistische Mordserie an die Öffentlichkeit gebracht als jede Pressekonferenz der Behörden und jeder parlamentarische Innenausschuss. Das zivilgesellschaftliche Engagement bleibt für uns die Basis im Kampf gegen Rechts“ DIE LINKE hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode ihre Vorschläge für ein Landesprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus veröffentlicht. Nun ist die Landesregierung in der Pflicht, ihre konzeptionellen Vorstellungen auf den Tisch zu legen.

Für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bilden der Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, soziale Absicherung und Chancengleichheit sowie die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge die politischen Schwerpunkte bis 2013. Wir sehen im Ausbau direkter Bürgerbeteiligung eine wichtige Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie, deshalb werden wir eine Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes initiieren und streben eine Absenkung des Wahlalters für alle Wahlen auf 16 Jahre an.

Ein weiterer Schwerpunkt der Klausur widmete sich dem Thema Arbeit. Nicht erst im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat prekäre Beschäftigung zugenommen. Wir fordern: Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag! Lohndumping muss energisch begegnet werden. Wir werden deshalb einen eigenen Entwurf eines Vergabegesetzes einbringen,

der auf die Einführung einer verbindlichen Lohnuntergrenze von mindestens 8,50 Euro im Falle öffentlicher Auftragsvergabe setzt. Die ständige Ausbreitung schlecht bezahlter und befristeter Arbeitsverhältnisse, vor allem an den Hochschulen und Bildungsträgern im Land, bei den Kulturschaffenden oder in der sozialen Arbeit, muss gestoppt werden.

Statt mit guter Bildung Chancengleichheit zu fördern und wachsender Armut frühzeitig entgegenzuwirken, hat die Politik der regierenden Parteien CDU und SPD in den vergangenen Jahren Bildungsteilhabe und Bildungserfolg immer stärker von der sozialen Situation der Familien abhängig werden lassen. Hier liegt eine der zentralen Auseinandersetzungslinien. Wir wollen: Bildung für alle, von Anfang an! Deshalb werden wir ein eigenes Kinderförderungsgesetz in den Landtag einbringen. Wir bleiben dabei, den Ganztagsanspruch für alle Kinder in den Kitas wiederherzustellen. Gute Bildung für alle entscheidet sich jedoch nicht nur am gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten, sondern maßgeblich auch über die Qualität des Angebotes und die dafür zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen.

Bildung für alle heißt auch, Inklusion voranzutreiben – in Kita und Schule. Den bisher völlig vagen Ankündigungen der Koalition zur Einführung der Gemeinschaftsschule werden wir ein eigenes Schulgesetz gegenüberstellen. Längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung dürfen nicht wenigen vorbehalten bleiben, sondern können Chancen für alle eröffnen. Um Schulerfolg zu sichern, werden wir Vorschläge für eine Fortführung des 2013 auslaufenden Schulsozialarbeiterprogramms unterbreiten.

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge entscheidet mit über Lebensqualität sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, an Bildung und auch demokratischen Entscheidungen. Mit der Einbringung eines

Kulturförderungsgesetzes wollen wir eine solidarische Finanzierung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen, kommunale kulturelle Infrastruktur stärken und die Zugänglichkeit von Kultureinrichtungen verbessern. Die Landesregierung hat Kürzungen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich von 60 Millionen Euro angekündigt. Damit gerät der Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt in erhebliche Bedrängnis. DIE LINKE wird sich mit eigenen Vorschlägen zur Entwicklung der Hochschulstruktur dieser Debatte stellen, um diesem wichtigen Standbein für eine selbsttragende Entwicklung unseres Bundeslandes langfristig eine Perspektive zu geben.

Breitbandversorgung und damit der schnelle Zugang zum Internet sind für uns Bestandteil der Daseinsvorsorge. Ihr flächendeckender Ausbau muss darum forciert werden.

Mit einem eigenen Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG) wird DIE LINKE auf die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen drängen, um damit für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige Grundlage zu schaffen.

Vernässung und steigendes Grundwasser sind in vielen Teilen Sachsen-Anhalts zu einem drängenden Problem geworden. Es bedarf nachhaltiger und solidarischer Lösungen, statt kurzatmiger Entscheidungen. Wir werden mit einem ausgearbeiteten Wassergesetz unsere Vorstellungen in die öffentliche und parlamentarische Debatte bringen.

Neben der Arbeit im Landtag wird auch die Begleitung von Bundesthemen wie Mindestlohn, Mindestrente, Grundsicherung, Gesundheit, Energiewende und Umverteilung sowie die Unterstützung bei kommunalen Themen in den nächsten Monaten eine große Rolle spielen. Es wird eine schwierige, aber auch eine spannende Zeit auf uns zukommen.

MdL Birke Bull ist stellvertretende Landesvorsitzende

Für ein weltoffenes, buntes Aschersleben

Regina Koblischke



Demo in Aschersleben (Foto: Anja Mewes)

Unter dem Motto „ Mit Lebensfreude und Klugheit für ein weltoffenes, buntes Aschersleben – dem braunen Gedankenbrei keine Chance“ zeigten am 28. 01 02012 die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ihr Gesicht gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Eine Demo der NPD war beim Ordnungsamt des Salzlandkreises angemeldet worden! Diese Information rief Entsetzen hervor und gleichzeitig die Frage auf: Wie darauf reagieren?

Durch Frau Jahn (Die Grünen) und Herrn Sander vom ver.di Ortsvorstand wurden eine Gegendemo und Veranstaltungen angemeldet. Danach bildete sich ein breites Bündnis aus Vertretern der im Stadtrat vertretenen Fraktionen, der Kirchen in der Stadt Aschersleben, dem Vertreter des DGB Halberstadt Herrn Straubing, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsclubs, der Ascherslebener Kaufmannsgilde und des Wochenspiegelstammtisches und dem AWO Ortsverein ASL. Das Bündnis koordinierte die verschiedensten Vorschläge und Aktivitäten. Die Zusammenarbeit kann man nur als optimal bezeichnen.

Die Kooperationsgespräche mit dem Ordnungsamt des Salzlandkreises und der Polizei brachten für uns aber auch eine unangenehme Überraschung. Die beantragte Route der NPD durch die

Stadt wurde genehmigt! Inzwischen hatte der Anmelder der NPD sich zurückgezogen und „freie Nationalisten“ waren die Anmelder. Das Bündnis konnte sich geschickt auf andere Varianten des Protestes verständigen und so wurden dann die Demo und die Veranstaltungen auf dem Markt konkreter. Viele fleißige Hände waren erforderlich und packten auch mit zu.

Der Ökumenische Gottesdienst mit einem Friedensgebet, an dem auch Genossinnen der Stadtfraktion teilnahmen, war sehr gut besucht. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aschersleben zeigten Gesicht! Und ab 10.30 Uhr war ein buntes Programm auf dem Markt. Die verschiedensten Rednerinnen und Redner und Musikgruppen trugen ebenfalls zum sehr guten Gelingen bei. Als Moderator für das Programm von 10.30 Uhr bis gut 16.00 Uhr konnte der Kabarettist Lars Johannsen („Kugelblitze“) durch ver.di gewonnen werden. 700 Buttons „Gegen Nazis“ und „Bunt statt Braun“ fanden ihre Träger! Mit einem Angebot der Evangelischen Freikirchlichen Gemeinde Aschersleben im Ratskeller wurde etwas für die Kinder geboten. Etwas aufwärmen und kräftigen konnte man sich durch den Kuchen und Kaffee der Bäckerei Behrends. Die Verkaufseinrichtungen beteiligten sich mit verlängerten

Öffnungszeiten. Der Zirkus Probst war mit einem Kinderkarussell vor Ort.

Die gesamte Vorbereitung und Durchführung, auch der Demo, wäre aber ohne die zahlreiche Beteiligung der Aschersleber Bürgerinnen und Bürger nicht zu diesem vollen Erfolg geworden. Und wir waren nicht allein! Bürgerinnen und Bürger aus anderen Städten und Gemeinden kamen ebenfalls.

Das Bündnis traf sich einige Tage später noch zu einer Auswertung und konnte eine positive Bilanz der Vorbereitung, Durchführung und vor allem der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aschersleben ziehen. Wir waren stolz darauf, dass es uns mit allen gelungen war, an diesem Tag zu zeigen, dass Aschersleben eine weltoffene und bunte Stadt ist. Das Bündnis bleibt bestehen und wird weiter arbeiten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten für ihren Einsatz zu danken, auch unseren Genossinnen und Genossen aus Staßfurt, Bernburg, Falkenstein und Amesdorf, die uns unterstützten, gilt mein Dank. Harald Koch hatte zum Neujahrsempfang schon seinen Respekt den Organisatoren und Teilnehmern gezollt. Er konnte mitreden, da er fast den ganzen Vormittag mit dabei war.

Ändern, was zu ändern ist

Zur nationalen Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Kubas

Friedrich Schütz

Zu den Beschlüssen des 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), der vom 16. bis zum 19. April 2011 in Havanna tagte (s. DLZ 5/2011), gehörte auch die Einberufung einer Nationalen Parteikonferenz für den 28. Januar 2012, den 159. Geburtstag von Jose Marti, dem Nationalhelden Kubas. Diese Konferenz sollte „die Strategie und die strukturellen Erfordernisse der Partei in den nächsten Jahren bestimmen und die Arbeit der Partei kritisch überprüfen“. Wie bei der Vorbereitung des Parteitages sollte auch ihr ein kritischer Diskussionsprozeß vorangehen.

Wie aus den Medien zu entnehmen ist, wurde der für die Konferenz erarbeitete Beschlußentwurf in über 60.000 Versammlungen der Partei und des Jugendverbandes gründlich diskutiert. Das führte auch hier dazu, daß ebenfalls wie beim Parteitag, den etwa 800 Delegierten ein weitgehend überarbeiteter Entwurf vorgelegt werden konnte, was als Ausdruck einer demokratischen Arbeitsweise zu werten ist.

Die dann doch über die zwei Tage sich erstreckende 1. Nationale Parteikonferenz der KP Kubas begann ihre Arbeit in vier Kommissionen: Funktion, Methoden und Arbeitsstil der Partei; Politik und Ideologie; Kaderpolitik sowie Verhältnis zum Jugendverband und zu den Massenorganisationen. Mit dieser Schwerpunktsetzung unterschied sich diese Konferenz deutlich vom Parteitag, standen doch dort die Fragen der weiteren ökonomischen Entwicklung des Landes und die Wahl der führenden Funktionäre der Partei im Mittelpunkt. Wie ich bereits in dem Artikel über den Parteitag schrieb, so haben sich wohl auch hier die Delegierten von Fidel Castros berühmten Satz leiten lassen: „Revolution heißt, all das zu ändern, was zu ändern ist.“

Höhepunkt und Abschluß der Partei-



Raul Castro

konferenz war die Rede Raul Castros. Auf drei Schwerpunkte hieraus soll hingewiesen werden:

1. Konsequenterweise abgelehnt wurde die Forderung nach Einführung eines Mehrparteiensystems. Er machte darauf aufmerksam, daß Kuba kein Land ist, das sich unter normalen Bedingungen entwickeln kann, sondern Ziel von Blockaden, Aggressionen und Medienkampagnen ist. Die Aufgabe des Prinzips „der Einheitspartei des Volkes“ würde bedeuten, „die Partei oder Parteien des Imperialismus auf dem Boden des Heimatlandes zu legalisieren.“
2. Der Redner setzte sich für mehr Demokratie in der Gesellschaft ein. Auf allen Ebenen müsse ein größtmögliches Vertrauen geschaffen werden, wozu auch ein ehrlicher und umfassender Meinungsaustausch gehöre. Von den Journalisten erwartet er, in den Medien die Realitäten aufzuzeigen. Große Aufmerksamkeit sei der Förderung von Frauen und Jugendlichen sowie der ethnischen Minderheiten zu widmen. Besonders hervor hob er den Beschluß der Konferenz, die Amtszeit von führenden Funktionären in der Partei und im Staat auf zwei aufeinanderfolgende Perioden von je fünf Jahren zu begrenzen.
3. Mit großer Entschiedenheit setzte sich Raul Castro für den Kampf gegen die Korruption ein, die zu einem „Hauptfeind der Revolution“ geworden sei und ungeheuer großen Schaden anrichte. Er kündigte an, daß bereits der Nationalversammlung und ande-

ren zuständigen Institutionen Informationen über Untersuchungsergebnisse vorgelegt wurden und korrupte Funktionäre Strafen zu erwarten haben. „Zu gegebener Zeit und nach der Stellungnahme der zuständigen Gerichte wird unsere gesamte Bevölkerung den Umfang dieser Taten erfahren.“

Fidel Castro war im Gegensatz zum Parteitag zu keiner Zeit auf der Konferenz anwesend. Über seinen Platz in der kubanischen Gesellschaft wiederhole ich einen Gedanken Rauls, den ich bereits in dem Bericht über den Parteitag zitierte: „Fidel ist Fidel. Er braucht keinen Posten, um für immer einen herausragenden Platz in Geschichte, Gegenwart und Zukunft der kubanischen Nation zu haben.“

Die Zeitung „neues deutschland“ veröffentlichte am 6. Februar ein Interview mit dem kubanischen Politologen Rafael Fernandez über die Ergebnisse der Parteikonferenz. Hieraus einige Gedanken: „Es ging diesmal in erster Linie um politische Fragen, um einen neuen politischen Stil. Man will die Art und Weise ändern, in der die Partei mit den staatlichen Institutionen verbunden ist. Die Partei soll führen, kontrollieren und stimulieren, aber auf keinen Fall staatliche Funktionen ersetzen... Es gibt natürlich hohe Erwartungen an die Parteiführung, Veränderungen vorzunehmen... Ich meine, daß die demokratische Agenda des gegenwärtigen Kuba darauf gerichtet ist, daß das politische System in genau der Weise funktioniert, wie dies die Verfassung vorsieht“.

Wer sich näher mit der Entwicklung Kubas in den Jahren der Präsidentschaft Raul Castros beschäftigen möchte, dem sei das Buch von Heinz Langer „Mit Bedacht, aber ohne Pause“ empfohlen. Der Autor, DDR-Botschafter in Kuba in den Jahren 1975 – 79 und 1983 – 86, gibt hier einen ausführlichen Überblick über die Erfolge und Probleme der innenpolitischen Entwicklung des Landes sowie über die Beziehungen zu anderen Staaten.

Gesine Löttsch zum Neujahrsempfang in Aschersleben

Regina Koblischke

Einer schon recht langen Tradition folgend fand der diesjährige Neujahrsempfang des Ortsverbandes und der Stadtratsfraktion am 30.01.2012 wieder im Kleinen Saal des Bestehornhauses statt. Mit besonderer Freude konnten wir die Parteivorsitzende Gesine Löttsch begrüßen. Unserer Einladung folgten auch Vertreter des öffentlichen Lebens unserer Stadt.

In ihrer Rede ging Gesine unter anderem auf die gerade aktuellen Themen wie Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz und die Kausa Wulff ein. Sie verwies darauf, dass der Bundespräsident besser daran täte, die ihm zur Unterschrift vorzulegenden Gesetze genau zu prüfen und bei kritischer Betrachtung seine Unterschrift gegebenenfalls zu verweigern. Die Finanzkrise und die schlechte finanzielle Ausstat-

tung der Kommunen wurden ebenfalls angesprochen. Dabei wäre es wichtig, die Kommunen besser mit finanziellen Mitteln auszustatten, insbesondere was Bildung, Kindereinrichtungen, Sport und Kultur angeht. Wo können die Kommunen ihren Aufgaben noch ohne Probleme nachkommen?

Weiterhin konnten wir den Bundestagsabgeordneten Harald Koch begrüßen, der den Gedanken zur Mindestausstattung der Kommunen aufgriff und darüber informierte, dass DIE LINKE einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der sich mit dieser Problematik befasst und der absichert, dass die Kommunen und ihre Einwohner an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die genannten Zahlen zur Finanzierung durch eine Anhebung der Vermögenssteuer und des Spitzensteuersatzes waren beein-

druckend.

Als kulturellen Beitrag wurden wir mit Ausschnitten aus dem Programm der Studiobühne „Mein Liebchen hat ein Etwas“, vorgetragen von Birgit Eisfeld, überrascht. Der Applaus belohnte Birgit Eisfeld für die gelungene Auswahl und war Ausdruck der Freude, die wir dabei hatten.

Das vorbereitete Büfett und die geführten Gespräche nach den Reden und das nette Programm ließ die Zeit wie im Fluge vergehen. Nach gut 2 Stunden gingen die ersten frohen Mutes nach Hause, und wir sind der Überzeugung, um Harald zu zitieren: „Wir gehen optimistisch in das neue Jahr, lassen uns nicht unterkriegen und wünschen uns Glück und Gesundheit.“

Von der Sitzung des Kreisvorstandes berichtet

Klaus Magenheimer

Einen breiten Raum in der Beratung des Kreisvorstandes am 11. Januar nahmen die Berichte über die in Bernburg, Aschersleben und Schönebeck durchgeführten Neujahrsempfänge ein. Von den Vorstandsmitgliedern wurde die Überwachung der Partei und ihrer Abgeordneten entschieden verurteilt. Gewürdigt wurden die Aktivitäten der Basisorganisation Hecklingen zur Organisation der traditionellen Veranstaltung zur Mahnung an die Opfer des faschistischen Terrors. Anerkannt wurden die zielstrebigsten Aktivitäten der Genossinnen und Genossen aus Aschersleben bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktionen zur Begegnung der Veranstaltungen der Rechten in ihrer Heimatstadt.

Schon mehrfach beriet der Kreisvorstand die Möglichkeiten der Finanzierung der Parteiarbeit durch die Entrichtung der Mandatsträgerbeiträge. Eine

mehrheitlich beschlossene Ordnung verpflichtet die BO-Vorstände mit den entsprechenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern das persönliche Gespräch zu führen und eine schriftliche Vereinbarung abzuschließen. Unter Berücksichtigung der persönlichen sozialen Situation sollen sie einen Teil ihrer Entschädigungen der Partei zur Verfügung stellen. Damit wollen wir im Kreisverband die kommenden Kommunalwahlen finanzieren.

Die Kreistagsfraktion informierte über den aktuellen Stand bei den Verkaufsverhandlungen der Salzlandkliniken. Es gibt das völlige Unverständnis über die unnötige Verschleppung des Verfahrens. Es wurde die Forderung erhoben, dass die Verantwortlichen für die unnötige finanzielle Belastung des Kreishaushaltes zur Rechenschaft gezogen werden. In der kürzlich durchgeführten Fraktionssitzung wurde der Standpunkt erneut untermauert, an

den eigenen Beschlüssen zum Verkauf an AMEOS festzuhalten.

Die weitere Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz am 14. April in Schönebeck hatte ein weiterer Tagesordnungspunkt zum Inhalt. Neben den Rechenschaftsberichten des Vorstandes und der Schatzmeisterin geht es um die Wahl von 2 Delegierten für den kommenden Bundesparteitag, die Nachwahl von 2 weiblichen Mitgliedern für den Kreisvorstand und ein weibliches Mitglied für die Kreisfinanzrevisionskommission. Die gewählten Delegierten werden etwa 14 Tage vor der Veranstaltung schriftlich eingeladen. Besprochen wurden erste Maßnahmen zur Vorbereitung des 8. März, der Organisation von Informationsständen am 3. März sowie Unterstützungen für den Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein.

Neujahrsempfang in Schönebeck

Christa Beier

Am 23.01.2012 fand der gemeinsame Neujahrsempfang der Stadtratsfraktion und des Vorstandes der LINKEN in Schönebeck statt. Dazu wurden die Räumlichkeiten der Begegnungsstätte der Volkssolidarität genutzt. Eingeladen waren die Genossinnen und Genossen aus den Basisorganisationen von Schönebeck, Barby, Calbe und Bördeland und die Vertreter von Vereinen, Verbänden, der kommunalen und örtlichen Wirtschaft sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Für das leibliche Wohl hatten wieder die Genossinnen Köhnkow und Beier gesorgt. Es nahmen ca. 40 Personen am Empfang teil. In ihrer Begrüßungsrede ging die Landtagsabgeordnete und Stadtratsfraktionsvorsitzende Sabine Dirlich auf den Anschlag auf ihr Wahlkreisbüro ein, der schon zum wiederholten Mal erfolgte. Kritisch äußerte sie sich zur Arbeit der Polizei, die den Anschlag als „Dummejugenstreich“ und nicht als politisch motivierte Straftat verfolgen wollte. Sie wolle sich davon aber nicht abschrecken lassen und zur Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer

des Faschismus Flagge zeigen. Weiterhin äußerte sie sich zum Doppelhaushalt des Landes, der keine eigenen Akzente setzt und trotzdem kein richtiger Sparhaushalt ist. Zum Verkauf der Salzlandkliniken an Ameos, der auch von der Fraktion DIE LINKE favorisiert wird, sprach sie die Hoffnung aus, dass der Landrat nun seine

Unterschrift unter den Vertrag setzt. Den Abriss des alten Gummiwerkes in Schönebeck und die auf dem Gelände geplanten Einkaufseinrichtungen sieht sie als Chance für die Gestaltung der Innenstadt. Sie erläuterte weitere Themen, mit denen sich der Stadtrat beschäftigt, wie „Vernässung“ und Friedhofssatzung.

Nach der Begrüßung trug der Vorsitzende des Kultur- und Heimatvereins Dieter Schüler einige heitere und besinnliche Geschichten zum Thema „Familie“ vor. Es wurde herzlich gelacht. Sabine Dirlich widmete sich dann



Sabine Dirlich im Gespräch mit Gästen Foto: priv.

den Gästen aus Politik und Wirtschaft und führte Gespräche u.a. mit Mehmet Tefikow vom Kreiswirtschaftsbetrieb, mit Gudrun Schedler, der Vorsitzenden des Stadtseniorenrates, mit Saule Scholler, der Schulleiterin der Förderschule „Lindenstraße“, mit Heinz-Günter Burghart von der OEWA, mit Margitta Fleischer, der Vorsitzenden des Jugendweihevereins und mit einigen jungen Leuten, die erstmalig an dieser Veranstaltung teilnahmen.

Christa Beier ist Vorsitzende der Basisorganisation Schönebeck

Über 70 „Mutige“ beim Neujahrsempfang in Bernburg

Jörg Lemmert

Mindestens 70 Gäste folgten auch in diesem Jahr wieder der Einladung zum Neujahrsempfang im Bernburger Bürgerbüro. Unter ihnen befand sich dieses Mal auch Bernburgs Oberbürgermeister Henry Schütze.

Eingeladen hatten MdL Birke Bull, MdB Jan Korte, der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion der LINKEN. Kreisvorsitzender Lothar Boese lobte bei der Eröffnung die zahlreichen Gäste für „den Mut, den Sie mit Ihrem Kommen bewiesen haben“ und spielte damit auf den Überwachungsskandal durch den Verfassungsschutz an, von dem auch Jan Korte betroffen ist. Dieser ging in seiner Ansprache natürlich auch auf diese „Sauerei“ ein und übte

außerdem scharfe Kritik am „entfesselten Finanzmarktkapitalismus“, dem auch trotz des neusten EU-Gipfels immer noch „keine Fesseln angelegt wurden“. Birke Bull ging in ihrer Rede auf die aktuelle Debatte um das Kinderförderungsgesetz für Sachsen-Anhalt ein und forderte die SPD auf, gegenüber dem Koalitionspartner in dieser Frage standhaft zu bleiben. Sabine Dirlich bezog sich auf die Entwicklungen im Salzlandkreis und forderte erneut den zügigen Verkauf der Salzlandkliniken an Ameos.



Die Gastgeber empfangen die Gäste Foto: priv.

Nach den Ansprachen folgte der traditionelle Sturm aufs Büfett, gefolgt von zahlreichen Gesprächen mit den Vertreter/innen aus Politik, Sport und Gesellschaft.

Wahl des Ortsvorstandes Bernburg

Elke Rehmann

Am 15. Februar fand unsere 1. Ortsversammlung dieses Jahres statt. 21 Mitglieder und 1 Gast trafen sich in der Gaststätte Alte Molkerei, um einen neuen Ortsvorstand zu wählen.

Den Rechenschaftsbericht des Vorstandes verlas das Mitglied des Sprecherrates Maik Mingo. Er sprach über die geleistete Arbeit, z. B. die Teilnahme an den Info-Ständen auf dem Bernburger Karlsplatz und an den Wahlkreistagen unserer beiden Abgeordneten. Außerdem wurde der Besuch von Veranstaltungen erwähnt, z. B. beim Stadtseñorenrat, die jährliche Kranzniederlegung in der Euthanasie-Gedenkstätte oder die Wahlkampfunterstützung in Berlin. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wurde dank Maik Mingo ausgebaut. Er bedankte sich recht herzlich für die Unterstützung bei unserem Stadtrat Eberhard Balzer und den beiden Wahlkreismitarbeitern Jana Lankau und Jörg Lemmert, ohne die vieles nicht möglich gewesen wäre. Ebenso bedankte er sich bei seinen Mitstreiterinnen im Sprecherrat Petra Giest und Elke Rehmann. Kritisiert wurde aber auch die dürftige Zu-



Der neugewählte Vorstand Foto: priv.

sammenarbeit zwischen Ortsvorstand, Stadtratsfraktion und Kreisvorstand. Diese muss verbessert werden.

Lothar Boese bedankte für die aktive Arbeit des Ortsvorstandes. In der Diskussion hatten mehrere Genossen neue Ideen und Vorschläge, wie der neue Ortsvorstand zukünftig noch mehr in Erscheinung treten könnte.

Nachdem sich der größte Teil der Mitglieder dafür ausgesprochen hatte, dass ein Ortsvorstand mit Vorsitzendem und zwei gleichberechtigten Stellvertretern gewählt werden soll, kam es dann zur Wahl. Gewählt wurden als Vorsitzender Dr. Peter Trench und als Stellvertreter/in Elke Rehmann sowie Maik Mingo. Die weiteren Mitglieder sind: Petra Giest,

Eberhard Balzer, Carsten Marx und Jörg Lemmert.

Danach sprach Stadratsmitglied Carsten Marx im Rahmen einer Präsentation über das Sanierungskonzept der Stadt Bernburg „Fokus Saale“. Es wird mit Fördermitteln von Bund und Land realisiert. Dadurch werden die Attraktivität und Belegung der Innenstadt gefördert. Der Vortrag war sehr interessant und wurde von den Anwesenden sehr gut angenommen.

Abschließend bedankte sich Peter Trench bei allen Anwesenden für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach die Fortführung der bisher sehr guten Arbeit.

Demo für Agrarwende - „Wir wollen den Systemwechsel!“

Jörg Lemmert

Unter dem Motto „Wir haben es satt“ demonstrierten am 21. Januar über 20.000 Menschen in Berlin für eine Wende in der Agrarpolitik, unter ihnen auch Mitglieder der LINKEN im Salzlandkreis. „Exportsubventionen, Massentierhaltung, Gentechnik im Essen und Lebensmittelskandale gehören nicht zu einer modernen und nachhaltigen Landwirtschaft“, waren sich die ca. 90 aufrufenden Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier-, Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit einig. Jochen Fritz von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ forderte bei der Abschlusskundgebung im

Regierungsviertel: „Wir wollen einen Systemwechsel! Eine Landwirtschaft, die ohne negative Auswirkungen auf Mensch, Natur und Tiere auskommt“. Bei sehr winterlichem Wetter zog der bunte Tross aus Treckern und Demonstranten vom Hauptbahnhof bis kurz vor das Kanzleramt. Dort konnten sich die aus ganz Deutschland angereisten TeilnehmerInnen an der sogenannten „Protestsuppe“ wärmen, die viele Freiwillige in der Nacht zuvor aus Biogemüse zubereitet hatten. Auf der Bühne sprachen sich dann u.a. BUND-Chef Hubert Weiger und die Starköchin Sarah Wiener für eine Agrarwende aus. Die Demonstration fand, wie

bereits im letzten Jahr, zeitgleich zur Internationalen Grünen Woche statt. Dort wurde dieses Jahr u.a. „50 Jahre Gemeinsame EU Agrarpolitik“ gefeiert. Außerdem wurde viel über die geplanten Reformen von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos diskutiert, die ab 2013 in Kraft treten sollen. „Wir müssen uns darauf konzentrieren, dass unsere Lebensmittel auf einer nachhaltigen Landwirtschaft basieren“, ist eine seiner Forderungen. Bei der deutschen Landwirtschaftslobby stößt er dabei noch auf viel Gegenwehr, die Demonstranten in Berlin werden in diesem Sinne aber auch im nächsten Jahr wieder auf die Straße gehen.

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Februar
recht herzlich

zum 89. Geburtstag
Anna Gieseler

zum 88. Geburtstag
Edeltraut Mäkel

zum 85. Geburtstag
Gerda Speck
Dorothea Hesse

zum 81. Geburtstag
Alfred Müller

zum 80. Geburtstag
Gertrud Breithaupt
Wilhelm Drange
Willi Wolter

zum 75. Geburtstag
Josef Braun

zum 65. Geburtstag
Christa Beier

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Februar
Geburtstag haben



Einsendeschluss für DIE LINKE ZEITUNG ist der 15.03.2012 und Redaktionsschluss war der 16.02.2012

Internationaler Frauentag 8. März 2012

Allen Genossinnen, Sympathisantinnen und Leserinnen unsere besten Wünsche.

Viel Erfolg auch weiterhin bei der Verwirklichung des Rechts auf Selbstentfaltung in und außerhalb der LINKEN.

Kreisvorstand und Redaktion.

Ist Europa noch zu retten?

Vortrag und Diskussion mit
MdL Dr. Frank Thiel,
wirtschaftspolitischer Sprecher
der Fraktion

am Mittwoch , dem 28.3.2012,
um 18.00 Uhr in der
Gaststätte „Alte Molkerei“
in Bernburg

Der Kreisvorstand

Einladung

der BO Staßfurt
zum

LINKEN Frauennachmittag

8. März, 15.00 Uhr
Staßfurt, Grenzstr.11

Termine

Sitzung des Kreisvorstandes

7. März, 18.00 Uhr
Fraktionsbüro Staßfurt
Grenzstr. 11

DER LINKE Politstammtisch

Mittwoch, 7. März, 17.00 Uhr
Gaststätte „ Zum Obersteiger „

Nachruf

In stiller Anteilnahme



Gerhard Dreischarf

BO Staßfurt
Der Kreisvorstand

weitere Termine:

Kreistag

29. Februar, 17.00 Uhr
Kreistagssitzungssaal
Bernburg, Karlsplatz

Stadtratssitzung

Stadtrat Staßfurt
15. März, 18,30 Uhr
Stadtwerke, Sitzungssaal

Hartz IV-Infotag in Bernburg

Am 13. März bietet Jan Korte
von 10-13 Uhr
wieder einen Hartz IV-Infotag im
Bernburger im Bürgerbüro
mit der Rechtsanwältin
Halina Wawzyniak an.

Interessenten melden sich bitte
unter 03471/622947 an.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

dielinke-salzlandkreis@t-online.de

06406 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)

Rüdiger Wendt,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Die Redaktion